

Antrag

**der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

Antisemitismusbeauftragten stärken – Jüdisches Leben in unserer Mitte sichtbar machen

Der Landtag wolle beschließen:

I. Festzustellen,

1. dass der aktuelle Tätigkeitsbericht des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus vollumfänglich begrüßt wird, insbesondere da er beweist, wie richtig und notwendig die Einrichtung des Amtes eines Beauftragten gegen Antisemitismus in Baden-Württemberg war;
2. dass jüdisches Leben und jüdische Kultur in Baden-Württemberg ein Schatz sind, den es auch weiterhin mit allen Mitteln zu schützen gilt;
3. dass der Kampf gegen den Antisemitismus und für das jüdische Leben ein Gebot der Verantwortung für unsere Demokratie ist.

II. Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die sich aus dem Tätigkeitsbericht des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus ergebenden Handlungsempfehlungen zu prüfen und wenn möglich umzusetzen;
2. die Position des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus weiter zu stärken, indem der Beauftragte der Landesregierung strukturell sowohl in der Sachmittelausstattung wie auch im personellen Bereich gestärkt wird, um die vielfältigen Aufgaben besser bewältigen zu können;
3. die Aufgaben des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus hin zu einem „Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus und für das jüdische Leben in Baden-Württemberg“ zu erweitern;

4. die Zusagen betreffend die Sicherheit jüdischen Lebens sowie jüdischer und israelitischer Einrichtungen im Staatsvertrag des Landes mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württembergs fest und unbefristet zu verankern, den bislang als Annex geregelten Passus zu den Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen in den Staatsvertrag zu überführen und finanziell an die gestiegene Bedrohungslage anzupassen sowie den Staatsvertrag dahingehend zu ergänzen, dass es auch jüdischen Studentinnen und Studenten ermöglicht wird, ihren Glauben ausleben zu können, ohne Nachteile hinnehmen zu müssen.

15.12.2023

Andreas Schwarz
und Fraktion

Manuel Hagel
und Fraktion

Andreas Stoch
und Fraktion

Dr. Hans-Ulrich Rülke
und Fraktion